

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der 24. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am  
31.08.2011**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Festsaal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 14:00 Uhr bis 18:29 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

## Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados		
Herr Harald Bartl	Stadtratsvorsitzender	
Herr Martin Bauersfeld	CDU	Teilnahme bis 18:49 Uhr
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	Teilnahme ab 14:41 Uhr
Herr Bernhard Bönisch	CDU	Teilnahme ab 15:08 Uhr
Herr Jürgen Busse	CDU	
Herr Lothar Dieringer	parteilos	Teilnahme bis 18:49 Uhr
Herr Roland Hildebrandt	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Raik Müller	CDU	
Herr Frank Sängner	CDU	
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	Teilnahme ab 14:35 Uhr
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	
Herr Michael Sprung	CDU	
Frau Dr. Ulrike Wünsch	CDU	Teilnahme bis 18:45 Uhr
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.	
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	Teilnahme ab 14:13 Uhr
Frau Birgit Leibrich	parteilos	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	Teilnahme ab 14:04 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Herr Rudenz Schramm	parteilos	Teilnahme ab 14:09 Uhr
Herr Olaf Sieber	DIE LINKE.	Teilnahme ab 14:04 Uhr
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE.	
Herr René Trömel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.	
Herr Robert Bonan	parteilos	
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	
Herr Thomas Felke	SPD	Teilnahme ab 14:04 Uhr
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	Teilnahme bis 18:45 Uhr
Frau Hanna Haupt	SPD	
Frau Katharina Hintz	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD	Teilnahme ab 14:04 Uhr
Herr Andreas Hajek	parteilos	Teilnahme ab 14:51 Uhr
Herr Gerry Kley	FDP	
Frau Katja Raab	FDP	
Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität	Teilnahme ab 14:16 Uhr
Frau Martina Wildgrube	FDP	
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Herr Denis Häder	MitBÜRGER für Halle	Teilnahme ab 14:04 Uhr
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle	
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Teilnahme ab 16:30 Uhr
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Teilnahme ab 14:04 Uhr
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Teilnahme ab 15:25 Uhr
Herr Gerhard Pitsch	NPD	Teilnahme ab 14:17 Uhr entsprechend Beschlussfassung zu TOP 5.1
Herr Egbert Geier	Beigeordneter	
Herr Uwe Stäglin	Beigeordneter	
Herr Dr. Bernd Wiegand	Beigeordneter	
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter	

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Uwe Heft	parteilos
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.
Frau Gertrud Ewert	SPD
Herr Klaus Hopfgarten	SPD
Herr Gottfried Koehn	SPD
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM

## zu **Einwohnerfragestunde**

---

**Frau Sigrig Kramm** informierte darüber, dass in der Kleinen Brauhausstraße 8/9 die Radfahrer unachtsam fahren und nicht auf Fußgänger achten sowie über die dort vorhandene Grünfläche fahren. Der Zustand der Grünfläche wäre inzwischen miserabel. Den Vermieter habe sie darüber bereits informiert, dieser unternehme allerdings nichts.

Zudem äußerte sich **Frau Kramm** zu folgenden weiteren Themen:

- Auseinandersetzung zwischen der Oberbürgermeisterin und Herrn Beigeordneten Dr. Wiegand,
- unzureichende Straßen- und Fußwegbeschaffenheit im Stadtteil Giebichenstein
- Einführung der Umweltzone im Zusammenhang mit der Gesundheit von Kindern und älteren Menschen und dem Solbad Wittekind

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte hinsichtlich der Radfahrer in der Kleinen Brauhausstraße zu, entsprechende Verkehrskontrollen durchzuführen.

Bezogen auf die Straßen- und Fußwegbeschaffenheit im Stadtteil Giebichenstein bat **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** um eine konkrete Benennung der unzureichenden Straßen und Fußwege. Sollte hier Gefahr im Verzuge sein, werde dies unverzüglich behoben.

Zur Einführung der Umweltzone erklärte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass damit die Feinstaubbelastung in der Stadt reduziert werden soll. Die Sanierung des Solbades Wittekind stünde damit nicht in einem Zusammenhang und wäre unter diesem Aspekt schwierig.

---

**Herr Egbert Gadde** äußerte sich als Vorsitzender des Halleschen Kanu-Clubs 54 e. V. zum Hochwasser mit folgenden Fragen:

Weshalb wurden die im Dezember 2010 zugesagten Mittel zur Beseitigung von Hochwasserschäden im Kanuzentrum Osendorfer See nicht ausgereicht?

Wie konkret sind die Beschlüsse für eine Hochwassersicherung durch den Bau eines Dammes im oberen Bereich des Sees?

Wann beschäftigt sich der Stadtrat mit grundsätzlichen Fragen zur Perspektive des Osendorfer Sees?

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** antwortete, dass ihrerseits lediglich eine Prüfung zugesichert wurde, inwieweit die Stadtverwaltung für das Hochwasser am Osendorfer See zuständig sei und finanzielle Mittel bereitzustellen habe. Ein endgültiges Prüfungsergebnis liege noch nicht vor. Nach ersten Erkenntnissen liege dies in der Zuständigkeit des Landes bzw. teilweise des Saalekreises.

Unabhängig davon werde die Verwaltung dem Stadtrat einen Hochwasserbericht zur Reide vorlegen und darin auf Maßnahmen hinweisen, welche nachhaltig den Osendorfer See zukünftig sichern. Sie gehe davon aus, dass dieser Ende des Jahres in die entsprechenden Fachausschüsse eingebracht werden könne.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen von Einwohnern. **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, beendete die Einwohnerfragestunde.

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, gab bekannt, dass es einen Wechsel des Fraktionsvorsitzes in der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegeben habe. Fraktionsvorsitzender sei nun Herr Oliver Paulsen und dessen Stellvertreterin Frau Dr. Inés Brock.

---

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die 24. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald Bartl**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig seien 42 Mitglieder des Stadtrates (73,68 %) anwesend.

---

**zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat darum, folgenden Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung abzusetzen:

TOP 5.6      Jahresabschluss 2010 der Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle GmbH  
Vorlage: V/2011/09974  
*in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 23.08.2011 vertagt*

---

Weiterhin liegen folgende Änderungen und Ergänzungen vor:

zu 5.1      Niederlegung eines Mandats und Nachrücken des nächstfestgestellten Bewerbers  
Vorlage: V/2011/09984

Hierzu liegt ein Austauschblatt vor.

---

zu 5.7      Jahresabschluss 2010 der Stadtwerke Halle GmbH und Konzernabschluss  
Vorlage: V/2011/09943

Hierzu liegt ein Austauschblatt vor.

---

zu 5.9 Städtepartnerschaft zwischen der Stadt Halle (Saale) (Bundesrepublik Deutschland) und der Stadt Savannah, Georgia (Vereinigte Staaten von Amerika)  
Vorlage: V/2011/09987

Hierzu wurden Änderungen in der beigefügten Vereinbarung über die Städtepartnerschaft vorgenommen.

---

zu 6.1 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu Ehrungen von Bürgerinnen und Bürgern durch die Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2011/09898

Hierzu wurden Änderungen durch den Antragsteller vorgenommen.  
Zudem liegt nachfolgender Änderungsantrag vor:

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu Ehrungen von Bürgerinnen und Bürgern durch die Stadt Halle (Saale) - Vorlagen-Nummer: V/2011/09898  
Vorlage: V/2011/10047

---

zu 6.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion DIE LINKE. und der SPD-Stadtratsfraktion zur Ergänzung des Bildungs- und Teilhabepaketes des Bundes (Entlastung bedürftiger Familien von den Kosten gemeinschaftlicher Mittagsverpflegung in Kindertagesstätten sowie Grund- und Förderschulen)  
Vorlage: V/2011/09772

Hierzu wurden Änderungen durch die Antragsteller vorgenommen.

---

**Herr Krause, SPD-Fraktion,** vertagte im Auftrag der Antragsteller den Antrag zu TOP 6.4

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion DIE LINKE. und der SPD-Stadtratsfraktion zur Ergänzung des Bildungs- und Teilhabepaketes des Bundes (Entlastung bedürftiger Familien von den Kosten gemeinschaftlicher Mittagsverpflegung in Kindertagesstätten sowie Grund- und Förderschulen)  
Vorlage: V/2011/09772

auf die Stadtratssitzung im September 2011 aufgrund weiteren Beratungsbedarfs.

Es gab keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates,** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

### **Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 29. Juni 2011
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung am 29. Juni 2011 gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1 Niederlegung eines Mandats und Nachrücken des nächstfestgestellten Bewerbers  
Vorlage: V/2011/09984
- 5.2 Haushaltssatzung 2011  
Bescheid des Landesverwaltungsamtes vom 21.07.2011  
hier: Widerspruch  
Vorlage: V/2011/09983
- 5.3 Jahresabschluss 2010 der BIO-Zentrum Halle GmbH  
Vorlage: V/2011/09873
- 5.4 Jahresabschluss 2010 der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG  
Vorlage: V/2011/09936
- 5.5 Jahresabschluss 2010 der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH  
Vorlage: V/2011/09935
- 5.6 *Jahresabschluss 2010 der Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle GmbH*  
Vorlage: V/2011/09974 *abgesetzt*
- 5.7 Jahresabschluss 2010 der Stadtwerke Halle GmbH und Konzernabschluss  
Vorlage: V/2011/09943
- 5.8 Jahresabschluss 2010 der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH  
Vorlage: V/2011/09874
- 5.9 Städtepartnerschaft zwischen der Stadt Halle (Saale) (Bundesrepublik Deutschland) und der Stadt Savannah, Georgia (Vereinigte Staaten von Amerika)  
Vorlage: V/2011/09987
- 5.10 Genehmigung einer Mehrausgabe für das Vorhaben Stadtsanierung "Um- und Ausbau Volkspark" im Vermögenshaushalt im Haushaltsjahr 2011  
Vorlage: V/2011/09955
- 5.11 Bebauungsplan Nr. 70.1 Wohnbebauung Halle-Büschdorf, Bierrain/Diemitzer Graben, 1. Änderung - Abwägungsbeschluss  
Vorlage: V/2011/09835

- 5.12 Bebauungsplan Nr. 70.1 Wohnbebauung Halle-Büschdorf, Bierrain/Diemitzer Graben,  
1.Änderung - Satzungsbeschluss  
Vorlage: V/2011/09836
- 5.13 Bebauungsplan Nr. 149 "Wohngebiet am Rosengarten" - Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: V/2011/09645
- 5.14 Bebauungsplan Nr. 32.8, Heide-Süd, 1. Änderung - Abwägungsbeschluss  
Vorlage: V/2011/09869
- 5.15 Bebauungsplan Nr. 32.8, Heide-Süd, 1. Änderung - Satzungsbeschluss  
Vorlage: V/2011/09870
- 5.16 Beabsichtigte Einziehung einer Teilstrecke des Blankenburger Weges, gelegen vor dem  
Objekt Blankenburger Weg 1 - 10  
Vorlage: V/2011/09944
6. Wiedervorlage
- 6.1 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu Ehrungen von Bürgerinnen und Bürgern durch die  
Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2011/09898
- 6.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der SPD-  
Stadtratsfraktion zu Ehrungen von Bürgerinnen und Bürgern durch die Stadt Halle (Saale)  
- Vorlagen-Nummer: V/2011/09898  
Vorlage: V/2011/10047
- 6.2 Gemeinsamer Antrag der SPD-Stadtratsfraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-  
NEN, der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) und der Fraktion MitBÜRGER für  
Halle - NEUES FORUM zum Kommunalwahlrecht für Drittstaatsangehörige  
Vorlage: V/2011/09778
- 6.3 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Erstellung eines regiona-  
len Strategiekonzeptes zur ambulanten Suchthilfe der Stadt Halle  
Vorlage: V/2011/09673
- 6.3.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für  
Halle - NEUES FORUM zur Erstellung eines regionalen Strategiekonzeptes zur ambulan-  
ten Suchthilfe der Stadt Halle [Vorlage: V/2011/09673]  
Vorlage: V/2011/09764
- 6.4 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion DIE LINKE. und der SPD-  
Stadtratsfraktion zur Ergänzung des Bildungs- und Teilhabepaketes des Bundes (Entlas-  
tung bedürftiger Familien von den Kosten gemeinschaftlicher Mittagsverpflegung in Kin-  
dertagesstätten sowie Grund- und Förderschulen)*  
Vorlage: V/2011/09772 vertagt
- 6.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem Rauchverbot auf Spielplätzen  
Vorlage: V/2011/09690
- 6.6 Antrag des Stadtrates Manfred Sommer (MitBÜRGER für Halle) zu Standortentscheidun-  
gen für Kunst im öffentlichen Raum  
Vorlage: V/2011/09887



7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  - 7.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umbesetzung eines Mitgliedes der Fraktion im Hauptausschuss  
Vorlage: V/2011/10007
  - 7.2 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Umbesetzung eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds der Stadt Halle (Saale) in der Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Halle  
Vorlage: V/2011/09927
  - 7.3 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan „Schlachthofviertel“  
Vorlage: V/2011/10009
  - 7.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Bereitstellung von Schulwegplänen auf der städtischen Internetseite  
Vorlage: V/2011/10020
  - 7.5 Antrag der CDU-Fraktion zum Wildwasserpark Pulverweiden  
Vorlage: V/2011/10014
  - 7.6 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur nachhaltigen Beschaffung von Informations- und Kommunikationstechnologie (Green IT)  
Vorlage: V/2011/10012
8. schriftliche Anfragen von Stadträten
  - 8.1 Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Besetzung von Personalstellen in der Stadtverwaltung  
Vorlage: V/2011/09883
  - 8.2 Anfrage des Stadtrates Hendrik Lange (Fraktion DIE LINKE.) zur Wahlplakatierung  
Vorlage: V/2011/09882
  - 8.3 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion zur Innenbereichssatzung Nr. 1, Am Pestalozzipark der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2011/09913
  - 8.4 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu leer stehenden Schulgebäuden  
Vorlage: V/2011/09899
  - 8.5 Anfrage des Stadtrates Oliver Paulsen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Notfall-Wasserversorgung durch die Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2011/09915
  - 8.6 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Wassertourismuskonzept der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2011/09904
  - 8.7 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Perspektiven des Badens in der Saale  
Vorlage: V/2011/09909

- 8.8 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zu Statistiken bezüglich Gewalt im häuslichen sowie im öffentlichen Bereich  
Vorlage: V/2011/09903
- 8.9 Anfrage der CDU-Fraktion zu Lärmschutz mit photovoltaischer Energiegewinnung - "Strom statt Lärm"  
Vorlage: V/2011/09980
- 8.10 Anfrage der Stadträtin Ute Haupt (Fraktion DIE LINKE.) zur Kindergesundheit  
Vorlage: V/2011/09989
- 8.11 Anfrage der Stadträtin Ute Haupt (Fraktion DIE LINKE.) zur gesundheitlichen Für- und Vorsorge von älteren Menschen in Halle (Saale)  
Vorlage: V/2011/09998
- 8.12 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber (Fraktion DIE LINKE.) zum Ratsinformationssystem  
Vorlage: V/2011/10000
- 8.13 Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Fortschreibung von Fachkonzepten  
Vorlage: V/2011/09991
- 8.14 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur Fußwegepflasterung im Stadtgebiet  
Vorlage: V/2011/10003
- 8.15 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur Fußwegekehrung in der Geiststraße  
Vorlage: V/2011/10005
- 8.16 Anfrage der Stadträtin Martina Wildgrube zum Antrittsbesuch des Landesbauministers Thomas Webel in Halle  
Vorlage: V/2011/09986
- 8.17 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu geplanten Straßenbauvorhaben in Halle  
Vorlage: V/2011/10016
- 8.18 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Orientierungssystemen für Blinde und Sehbehinderte  
Vorlage: V/2011/10010
- 8.19 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Angebotsreduktion bei dem Kurzstreckenticket der HAVAG  
Vorlage: V/2011/10019
- 8.20 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur geplanten Errichtung von Spielplätzen in der Südstraße und am Preßlersberg  
Vorlage: V/2011/10018
- 8.21 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Deponie Halle-Lochau  
Vorlage: V/2011/09992
- 8.22 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Rückkehr der Schule für Mode und Design nach Halle (Saale)  
Vorlage: V/2011/09997

- 8.23 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Bearbeitung von Elterngeldanträgen in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2011/09990
- 8.24 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Bereitstellung des Schweinegrippenimpfstoffes  
Vorlage: V/2011/09999
- 8.25 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zum Stadion Halle-Neustadt  
Vorlage: V/2011/09994
- 8.26 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zum Fußball-Pokalspiel des HFC im Stadion Halle-Neustadt  
Vorlage: V/2011/09993
- 8.27 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Entgeltvereinbarung des Schulschwimmunterrichts  
Vorlage: V/2011/10001
- 8.28 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur "Ausgliederung" der kommunalen Sportverwaltung und Sportstätten  
Vorlage: V/2011/10008
- 8.29 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu den Öffnungszeiten der Freibäder der Bäder GmbH  
Vorlage: V/2011/10011
- 8.30 Anfrage des Stadtrates Denis Häder (MitBÜRGER für Halle) zum Krankheitsstand der MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung  
Vorlage: V/2011/10013
- 9. Mitteilungen
  - 9.1 Stand Umsetzung Konjunkturprogramm II
- 10. mündliche Anfragen von Stadträten
- 11. Anregungen
  - 11.1 Anregung der SPD-Stadtratsfraktion zur Aufgabenwahrnehmung der Politessen  
Vorlage: V/2011/10006
- 12. Anträge auf Akteneinsicht
  - 12.1 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion auf Akteneinsicht in die Unterlagen der Stadt Halle (Saale) zum 4. Bauabschnitt der Haupterschließungsstraße (Osttangente)

### zu 3 **Genehmigung der Niederschrift vom 29. Juni 2011**

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, informierte darüber, dass beginnend mit der Niederschrift von Juni 2011 von einem Verlaufsprotokoll abgesehen und ein Beschlussprotokoll angefertigt wurde. Diese Form der Niederschrift werde auch zukünftig gewählt.

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 23. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 29.06.2011.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

### zu 4 **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung am 29. Juni 2011 gefassten Beschlüsse**

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, verlas den in nicht öffentlicher Sitzung am 29.06.2011 gefassten Beschluss:

zu 3.1 **Vergabebeschluss: Amt 66-B-03/ 2011, Los 1 - Infrastrukturprogramm Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost, Ausbau Otto-Stomps-Straße**  
Vorlage: V/2011/09839

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt, den Zuschlag an die Bietergemeinschaft Strabag AG/ GP Verkehrswegebau GmbH mit Firmensitz in Halle (Saale) zu einer Bruttosumme von 1.927.448,56 € zu erteilen. Der zu beauftragende Anteil der Stadt Halle (Saale) an der Ausschreibung beträgt 1.543.527,09 €.

### zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1 **Niederlegung eines Mandats und Nachrücken des nächstfestgestellten Bewerbers**  
Vorlage: V/2011/09984

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat stellt fest, dass Herr Erik Schulze, Eichelweg 9, 06120 Halle (Saale), gemäß § 41 Abs. 1 GO LSA sein Mandat mit Wirkung vom 14.06.2011 niedergelegt hat.

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat Herrn Gerhard Pitsch als nächst festgestellten Bewerber Platz zu nehmen und nahm dessen Verpflichtung vor.

**Herr Bartl** verlas die Verpflichtungserklärung.

**zu 5.2 Haushaltssatzung 2011  
Bescheid des Landesverwaltungsamtes vom 21.07.2011  
hier: Widerspruch  
Vorlage: V/2011/09983**

---

An der Diskussion beteiligten sich **Herr Dr. Meerheim, Herr Wolter, Herr Krause, Herr Kley, Herr Sprung, Herr Häder, Herr Beigeordneter Geier** sowie **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, appellierte an das Landesverwaltungsamt, hier für die Kommunen, vor allen Dingen für die Oberzentren, als Partner zu fungieren.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.**, brachte zum Ausdruck, dass er erwarte, dass die Verwaltung die im Stadtrat beschlossenen Ausgaben, vor allem auch die freiwilligen Leistungen, umsetze und im Zuge des Widerspruchs Standhaftigkeit zeige.

**Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, bat die Verwaltung hinsichtlich der Entscheidungsbefugnis sicherzustellen, dass die unabweisbaren Leistungen ausgezahlt werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

**Der Stadtrat bestätigt den durch die Oberbürgermeisterin form- und fristgerecht am 04.08.2011 eingelegten Widerspruch gegenüber dem Landesverwaltungsamt gegen den Bescheid vom 21.07.2011 zur Haushaltssatzung der Stadt Halle (Saale) für das Jahr 2011.**

**zu 5.3 Jahresabschluss 2010 der BIO-Zentrum Halle GmbH  
Vorlage: V/2011/09873**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

### Beschluss:

Der Stadtrat genehmigt folgende Beschlussfassung des Vertreters der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Bio-Zentrum Halle GmbH vom 07.06.2011:

1. Der von der Geschäftsführung der Bio-Zentrum Halle GmbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2010 wird, in der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Klotz-Kalbas GmbH geprüften und am 06.05.2011 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt	53.039,05 €
Die Bilanzsumme beträgt	11.949.173,52 €

2. Der Jahresüberschuss von 53.039,05 € wird in voller Höhe in eine satzungsmäßige Rücklage für Bauinstandhaltung eingestellt.
3. Den Geschäftsführern wird für das Geschäftsjahr 2010 Entlastung erteilt.

zu 5.4 Jahresabschluss 2010 der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG  
Vorlage: V/2011/09936

---

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

### Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des Vertreters der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG vom 20.06.2011:

1. Der von der Geschäftsführung der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2010 wird in der von der BDO Deutsche Warentreuhand AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 12.05.2011 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresfehlbetrag beträgt	180.639,91 €
Die Bilanzsumme beträgt	19.084.959,34 €

2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 180.639,91 € wird mit der Kapitalrücklage verrechnet.
3. Der Geschäftsführung der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG wird für das Geschäftsjahr 2010 Entlastung erteilt.

**zu 5.5 Jahresabschluss 2010 der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH**  
**Vorlage: V/2011/09935**

---

(Die Herren Stadträte Michael Sprung, Dr. Uwe-Volkmar Köck und Robert Bonan nahmen aufgrund des § 31 GO LSA nicht an der Abstimmung zum Beschlusspunkt 3 teil.)

Es gab keine Wortmeldungen.

<b><u>Abstimmungsergebnis:</u></b>	<b>Einzelabstimmung der Beschlusspunkte</b>
	Beschlusspunkte 1-2:      mehrheitlich zugestimmt
	Beschlusspunkt 3:       mehrheitlich zugestimmt
	Beschlusspunkt 4:       mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des Vertreters der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH vom 20.06.2011:

1. Der vom Geschäftsführer der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2010 wird in der von der BDO Deutsche Warentreuhand AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 14.03.2011 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt	4.713,20 €
Die Bilanzsumme beträgt	121.741,80 €

2. Der Jahresüberschuss in Höhe von 4.713,20 € wird einschließlich des in der Bilanz per 31.12.2010 ausgewiesenen Gewinnvortrages in Höhe von 1.677,69 € in die Kapitalrücklage eingestellt.
3. Dem Aufsichtsrat der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH wird für das Geschäftsjahr 2010 Entlastung erteilt.
4. Dem Geschäftsführer der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH, Herrn Dieter Götte, wird für das Geschäftsjahr 2010 Entlastung erteilt.

**zu 5.7 Jahresabschluss 2010 der Stadtwerke Halle GmbH und Konzernabschluss**  
**Vorlage: V/2011/09943**

---

(Frau Oberbürgermeisterin Szabados sowie die Stadträte Bernhard Bönisch, Raik Müller, Hendrik Lange, Elisabeth Nagel, Johannes Krause, Gerry Kley und Dietmar Weichrich nahmen aufgrund des § 31 GO LSA nicht an der Abstimmung zum Beschlusspunkt 4 teil.)

Es gab keine Wortmeldungen.

<b><u>Abstimmungsergebnis:</u></b>	<b>Einzelabstimmung der Beschlusspunkte</b>	
	Beschlusspunkte 1-3:	mehrheitlich zugestimmt
	Beschlusspunkt 4:	mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

Die Oberbürgermeisterin als Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) der Stadtwerke Halle GmbH wird ermächtigt, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführung der Stadtwerke Halle GmbH vorgelegte, von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche GmbH geprüfte und am 05. Mai 2011 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2010 mit

Bilanzsumme	EUR	310.180.411,05
Jahresüberschuss	EUR	4.658.719,27

wird festgestellt.

2. Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2010 in Höhe von 4.658.719,27 EUR wird vollständig in die Gewinnrücklage eingestellt.

3. Der von der Geschäftsführung der Stadtwerke Halle GmbH vorgelegte, von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche GmbH geprüfte und am 20. Mai 2011 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Konzernabschluss des Geschäftsjahres 2010 mit

Bilanzsumme	EUR	1.282.792.496,13
Konzern-Bilanzgewinn	EUR	0,00

wird festgestellt.

4. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für das Geschäftsjahr 2010 entlastet.

zu 5.8 Jahresabschluss 2010 der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH  
Vorlage: V/2011/09874

---

(Frau Oberbürgermeisterin Szabados sowie die Stadträte Dr. Annegret Bergner, Dr. Petra Sitte und Thomas Felke nahmen aufgrund des § 31 GO LSA nicht an der Abstimmung zum Beschlusspunkt 3 teil.)

Es gab keine Wortmeldungen.



**Abstimmungsergebnis:**

**Einzelabstimmung der Beschlusspunkte**

**Beschlusspunkt 1+2:**

**mehrheitlich zugestimmt**

**Beschlusspunkt 3:**

**mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

**Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des Vertreters der Stadt in der Gesellschafterversammlung der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH vom 07.06.2011:**

- 1. Der vom Geschäftsführer der Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2010 wird, in der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Klotz-Kalbas GmbH geprüften und am 06.05.2011 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.**

**Der Jahresüberschuss beträgt 208.459,31 €**

**Die Bilanzsumme beträgt 40.533.460,43 €**

- 2. Der Jahresüberschuss von 208.459,31 EUR wird in die satzungsmäßige Rücklage eingestellt.**
- 3. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für das Geschäftsjahr 2010 entlastet.**

**zu 5.9 Städtepartnerschaft zwischen der Stadt Halle (Saale) (Bundesrepublik Deutschland) und der Stadt Savannah, Georgia (Vereinigte Staaten von Amerika)  
Vorlage: V/2011/09987**

---

Zu dem Tagesordnungspunkt äußerte sich **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** teilte mit, dass die Stadt Savannah mit den im Hauptausschuss am 24.08.2011 vorgeschlagenen Änderungen in der Vereinbarung einverstanden sei, so dass im Beschlusspunkt 2 die Ausführung „... dem Grunde nach ...“ gestrichen werden könne.

Zudem informierte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass bei Zustimmung zur Vorlage sie und Herr Bartl als Stadtratsvorsitzender im Oktober in Savannah den Partnerschaftsvertrag unterzeichnen können. Dies träfe mit der letzten Station der großen „Mühlenberg-Ausstellung“ zusammen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss (in geänderter Form/Text):**

1. Der Stadtrat stimmt der Städtepartnerschaft mit der Stadt Savannah, Georgia, zu.
2. Der Stadtrat stimmt der vorgelegten Vereinbarung über die Städtepartnerschaft zwischen den Städten Halle (Saale) und Savannah, Georgia, (s. Anlage 1) ~~dem~~ Grunde nach zu.

---

### Anmerkungen:

- Änderung im Beschlusspunkt 2
- In der Vereinbarung über die Städtepartnerschaft wurde die Reihenfolge der Ziele geändert und eine Ergänzung im neuen ersten Punkt (alt: dritter Punkt) hinzugefügt:

#### Ziele der Partnerschaft

- **Beide Seiten sind bestrebt, im Hinblick auf die historischen Beziehungen, auch den kulturellen und touristischen Austausch zwischen den Bürgerinnen und Bürgern beider Städte zu befördern. Dabei wird besonderer Wert auf aktiven Schüleraustausch gelegt.**
- Beide Seiten werden sich für einen Austausch der auf dem Gebiet der Umwelt- und Biotechnologie tätigen Institutionen und Unternehmen einsetzen.
- Beide Seiten wollen auf eine Zusammenarbeit der Kunsthochschule Savannah (Savannah College Art and Design) und der Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle hinwirken.

**zu 5.10 Genehmigung einer Mehrausgabe für das Vorhaben Stadtsanierung "Um- und Ausbau Volkspark" im Vermögenshaushalt im Haushaltsjahr 2011  
Vorlage: V/2011/09955**

---

Zu dem Tagesordnungspunkt äußerten sich **Herr Kley, Herr Beigeordneter Geier** sowie **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

### Beschluss:

**Der Stadtrat genehmigt folgende Mehrausgabe im Vermögenshaushalt im Haushaltsjahr 2011.**

**Vorhaben Stadtsanierung „Um- und Ausbau Volkspark“, Investitionszuschuss an übrigen Bereich, Haushaltsstelle 2.6150.988000-017, in Höhe von 900.000 EUR.**

**Die Deckung erfolgt aus der Haushaltsstelle 2.6150.361000-017 Stadtsanierung „Um- und Ausbau Volkspark“, Zuweisungen vom Land, in Höhe von 900.000 EUR (Anteilsfinanzierung in Höhe von 90% vom Land Sachsen-Anhalt).**

**zu 5.11 Bebauungsplan Nr. 70.1 Wohnbebauung Halle-Büschdorf, Bierrain/Diemitzer Graben, 1. Änderung - Abwägungsbeschluss  
Vorlage: V/2011/09835**

---

Zu dem Tagesordnungspunkt äußerten sich **Herr Dr. Köck** sowie **Herr Beigeordneter Stäglin**.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen**, nahm die Frage von Herrn Dr. Köck, ob die in der Planzeichnung oben angezeigten Versickerungsflächen im Hinblick auf das Wohngebiet vergrößert werden können, als Anregung auf.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Den in der Anlage zu diesem Beschluss enthaltenen Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 70.1 Wohnbebauung Halle-Büschdorf, Bierrain/Diemitzer Graben, 1. Änderung wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne der Öffentlichkeit, den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, die in ihren Stellungnahmen abwägungsrelevante Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

**zu 5.12 Bebauungsplan Nr. 70.1 Wohnbebauung Halle-Büschdorf, Bierrain/Diemitzer Graben, 1. Änderung - Satzungsbeschluss  
Vorlage: V/2011/09836**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt den Bebauungsplan Nr. 70.1 Wohnbebauung Halle-Büschdorf, Bierrain/Diemitzer Graben, 1. Änderung, gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der vorgelegten Fassung vom 23.05.2011 als Satzung.
2. Die Begründung in der vorgelegten Fassung vom 23.05.2011 wird gebilligt.





zu 6        **Wiedervorlage**

zu 6.1     **Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu Ehrungen von Bürgerinnen und Bürgern durch die Stadt Halle (Saale)**  
**Vorlage: V/2011/09898**

zu 6.1.1   **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu Ehrungen von Bürgerinnen und Bürgern durch die Stadt Halle (Saale) - Vorlagen-Nummer: V/2011/09898**  
**Vorlage: V/2011/10047**

---

An der Diskussion beteiligten sich **Herr Krause, Herr Paulsen, Herr Misch, Herr Kley, Herr Dr. Bartsch, Herr Häder** sowie **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, gab bekannt dass seine Fraktion den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN übernehmen werde.

**Herr Dr. Bartsch, Fraktion DIE LINKE.**, bat darum, dass sich die Ehrungen nicht ausschließlich auf Bürger der Stadt Halle beziehen, sondern ebenso auf Personen, die sich für die Stadt Halle verdient gemacht haben.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 6.1.1   **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu Ehrungen von Bürgerinnen und Bürgern durch die Stadt Halle (Saale) - Vorlagen-Nummer: V/2011/09898**  
**Vorlage: V/2011/10047**

**Beschlussvorschlag:**

*Ziffern 1 und 2 des Beschlussvorschlages werden gestrichen.*

*Ziffer 3 des Beschlussvorschlages erhält folgende Fassung:*

*Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Rat Vorschläge für geeignete Formen von Ehrungen **hallescher Bürgerinnen und Bürger** zu unterbreiten **und in Form einer Satzung über die Verleihung von Ehrenbürgerrechten, Ehrenbezeichnungen und weiteren Ehrungen zur Beschlussfassung vorzulegen.***

**Abstimmungsergebnis:**

**erledigt**  
von SPD-Fraktion übernommen

zu 6.1     **Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu Ehrungen von Bürgerinnen und Bürgern durch die Stadt Halle (Saale)**  
**Vorlage: V/2011/09898**

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

### Beschluss (in geänderter Form):

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Rat Vorschläge für geeignete Formen von Ehrungen hallescher Bürgerinnen und Bürger zu unterbreiten und in Form einer Satzung über die Verleihung von Ehrenbürgerrechten, Ehrenbezeichnungen und weiteren Ehrungen zur Beschlussfassung vorzulegen.

---

### Anmerkung:

Der ursprüngliche Beschlussvorschlag lautete:

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

1. dem Stadtrat eine Auflistung von bisher in Halle bestehenden Formen von Ehrungen und, soweit möglich, der Zahl geehrter Bürgerinnen und Bürger zukommen zu lassen,
2. zu recherchieren, welche Formen der Ehrung bürgerschaftlichen Engagements und von Verdiensten um das Wohl der jeweiligen Stadt in den anderen Großstädten zur Anwendung kommen,
3. dem Rat Vorschläge für geeignete Formen von Ehrungen **für Bürgerinnen und Bürger der Stadt** zu unterbreiten, die zukünftig in Halle vorgenommen werden könnten.

**zu 6.2    Gemeinsamer Antrag der SPD-Stadtratsfraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) und der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Kommunalwahlrecht für Drittstaatsangehörige  
Vorlage: V/2011/09778**

---

An der Diskussion beteiligten sich **Herr Dr. Diaby, Herr Bönisch, Herr Paulsen, Frau Dr. Sitte sowie Frau Oberbürgermeisterin Szabados.**

### Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

### Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt mit dem als Anlage beigefügten Appell, sich für das kommunale Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten einzusetzen.
2. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) setzt sich bei der Landesregierung und den Landtagsfraktionen mit dem beigefügten Appell dafür ein, die Kampagne „Kommunales Wahlrecht für Alle“ ebenfalls zu unterstützen.

3. Der Stadtrat fordert die Landesregierung auf, sich im Bundesrat und bei der Bundesregierung für ein kommunales Wahlrecht auch für Drittstaatsangehörige einzusetzen.

zu 6.3      **Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Erstellung eines regionalen Strategiekonzeptes zur ambulanten Suchthilfe der Stadt Halle**  
Vorlage: V/2011/09673

zu 6.3.1    **Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Erstellung eines regionalen Strategiekonzeptes zur ambulanten Suchthilfe der Stadt Halle**  
[Vorlage: V/2011/09673]  
Vorlage: V/2011/09764

---

Zu diesem Tagesordnungspunkt äußerten sich **Herr Wolter** und **Frau Ute Haupt**.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, gab bekannt, dass seine Fraktion den Änderungsantrag der FDP-Fraktion übernehmen werde.

**Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE.**, bat darum, dass das Konzept gemeinsam mit den Drogenberatungsstellen besprochen und erarbeitet werde.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 6.3.1    **Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Erstellung eines regionalen Strategiekonzeptes zur ambulanten Suchthilfe der Stadt Halle** [Vorlage: V/2011/09673]  
Vorlage: V/2011/09764

**Beschlussvorschlag:**

*Der Beschlussvorschlag wird ergänzt:*

*[...] Insofern bei der Erstellung bzw. Fortschreibung des Konzeptes eine Mitwirkung Dritter erfolgt, erhalten sie dafür keine finanzielle Zuwendung der Stadt Halle (Saale).*

**Abstimmungsergebnis:**

**erledigt**

von Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM übernommen





**zu 6.6 Antrag des Stadtrates Manfred Sommer (MitBÜRGER für Halle) zu Standortentscheidungen für Kunst im öffentlichen Raum  
Vorlage: V/2011/09887**

---

Zu dem Antrag äußerte sich **Herr Sommer**.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, dem Stadtrat bei dauerhaften Standortentscheidungen zu Kunstobjekten im öffentlichen Raum immer eine Beschlussvorlage vorzulegen.

**zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

**zu 7.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umbesetzung eines Mitgliedes der Fraktion im Hauptausschuss  
Vorlage: V/2011/10007**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

Herr Stadtrat Dietmar Wehrich scheidet aus dem Ausschuss für Personal- und allgemeine Angelegenheiten einschließlich Funktional-, Verwaltungs- und Strukturreform (Hauptausschuss) aus.

Der Stadtrat entsendet Herrn Stadtrat Oliver Paulsen als Mitglied in den Ausschuss für Personal- und allgemeine Angelegenheiten einschließlich Funktional-, Verwaltungs- und Strukturreform (Hauptausschuss).

**zu 7.2 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Umbesetzung eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds der Stadt Halle (Saale) in der Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Halle  
Vorlage: V/2011/09927**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

Der Stadtrat bestimmt Herrn Thomas Hoffmann als Mitglied und Frau Undine Klein als stellvertretendes Mitglied für die Stadt Halle (Saale) in die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Halle.

**zu 7.3 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan „Schlachthofviertel“  
Vorlage: V/2011/10009**

---

Zu diesem Tagesordnungspunkt äußerten sich **Herr Kley** sowie **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** verwies den Antrag in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Beschlussvorschlag:**

1. *Der Stadtrat beschließt für das Gebiet „Schlachthofviertel“ gemäß § 2 Abs. 1 BauGB einen Bebauungsplan aufzustellen.*
2. *Der Geltungsbereich umfasst das Gebiet zwischen Güterbahnhof / Bereich DB AG bis Freimfelder Straße und von Delitzscher Straße( L165) bis Berliner Straße.*
3. *Der Geltungsbereich ist in Anlage 2 zu diesem Beschluss dargestellt.*
4. *Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele.*

**Abstimmungsergebnis:**

**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Oberbürgermeisterin in den  
**Ausschuss für Planungsangelegenheiten**

**zu 7.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Bereitstellung von Schulwegplänen auf der städtischen Internetseite  
Vorlage: V/2011/10020**

---

An der Diskussion beteiligten sich **Herr Paulsen**, **Herr Schachtschneider**, **Herr Sprung**, **Herr Wolter**, **Herr Dr. Diaby** sowie **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, verwies den Antrag namens der Fraktion in den Bildungsausschuss sowie in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten. Zudem bat er hinsichtlich der Schulwegsicherheit um Abstimmung mit der im Präventionsrat dahin gehend gebildeten Arbeitsgruppe.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zeitnah alle vorliegenden Schulwegpläne in übersichtlicher Darstellung von sicheren Schulwegen und Gefahrenstellen auf der städtischen Homepage (jeweils bei den einzelnen vorgestellten Schulen) in benutzerfreundlicher Form zum Download und zusätzlich den Schulen für deren Internetauftritte zur Verfügung zu stellen.*

**Abstimmungsergebnis:**

**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM in den  
**Bildungsausschuss,  
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten**

**zu 7.5 Antrag der CDU-Fraktion zum Wildwasserpark Pulverweiden  
Vorlage: V/2011/10014**

---

An der Diskussion beteiligten sich **Herr Bönisch, Herr Dr. Meerheim, Herr Krause, Herr Wehrich, Herr Dr. Köck, Herr Kley** sowie **Herr Wolter**.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, gab bekannt, dass seine Fraktion den eigens eingebrachten Antrag aufgrund der aktuell vorliegenden Tatbestände ablehnen werde.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Wildwasserpark Pulverweiden gemeinsam mit dem Böllberger SV zu realisieren.*

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig abgelehnt**

**zu 7.6 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur nachhaltigen Beschaffung von Informations- und Kommunikationstechnologie (Green IT)**  
**Vorlage: V/2011/10012**

---

Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:**

Bitte, Herr Paulsen.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrte Stadtverwaltung, insbesondere lieber Herr Geier, vielen Dank für die ausführliche und fundierte Stellungnahme zu unserem Antrag.

Wir sind dennoch nicht ganz der Meinung, dass dieses Thema damit erschöpfend behandelt ist. Wir sehen an einigen Punkten noch mal Diskussionsbedarf, weil wir glauben, dass wir noch das eine oder andere rausholen können aus dem wie es im Moment läuft.

Beispielsweise hat ja auch die Stadt Leipzig gerade einen Nachhaltigkeitspreis in dem Bereich bekommen. Insofern haben wir sogar ein naheliegendes Vorbild, dem wir nacheifern können.

Und weil wir glauben, dass es hilfreich ist, darüber noch mal zu sprechen, möchten wir unseren Antrag verweisen und werden im Zuge dieser Verweisung auch noch mal der Stadtverwaltung zuarbeiten, an welchen Punkten wir Diskussionsbedarf sehen, so dass man dann in den Ausschüssen konstruktiv und an der Sache darüber reden kann.

Und dafür verweisen wir den Antrag in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften und in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:**

Der Antrag ist in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften und in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten verwiesen.

Wer möchte noch sprechen von den Fraktionen? Erst war Herr Häder, dann Herr Scholtyssek.

**Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM:**

Wir wollten es bloß gerne im Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach VOB, VOL, HOAI und VOF beraten, weil wir denken, dass ist der richtige Ausschuss.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:**

Frau Oberbürgermeisterin.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados:**

Herr Paulsen, wir müssen nachschauen, wofür welche Ausschüsse zuständig sind. Ich denke zielführender ist die Angelegenheit im Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach VOB, VOL, HOAI und VOF, wenn man es denn unbedingt verweisen will.

Ich habe nur vergessen, vorher die Hand zu heben und zu beantragen: Fortführung in der Tagesordnung wegen Erledigung. Das war mein Fehler, Sie haben vorher geredet. Hinterher will ich das jetzt nicht machen.

Aber der Verweis in die Ausschüsse, ich kann es ja verstehen, wenn man das verweist, um sich über Vergaben zu unterhalten. Ich kann es im Zweifelsfalle auch noch verstehen, wenn man es in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften verweist. Was es aber mit dem Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten zu tun haben soll, das ...

... *Zwischenrufe*

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados:**

Wir schauen in die Zuständigkeitsordnung und danach würden wir dann noch mal regulieren in welche Ausschüsse es verwiesen ist, das kann kein Automatismus sein.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:**

Herr Scholtyssek hat das Wort.

**Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion:**

Sehr geehrter Vorsitzender, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren, ich bin jetzt seit zwei Jahren hier im Stadtrat, habe da schon einiges gelesen. Aber ich muss sagen, so ein Unsinn war selten dabei.

Sie unterstellen mit Ihrem Antrag der Stadtverwaltung, sie würde Computer nutzen, wahrscheinlich aus Mitte der 90er Jahre, die Strom fressen und mehr heizen als Computer sind. Die Angestellten würden den Strom verschwenden. Das ist nicht so. Das hat Herr Geier in seiner Antwort wunderbar dargelegt.

Außerdem widersprechen Sie sich in Ihrem Antrag selbst. In Punkt 3 fordern Sie, dass diese Ausführungsbestimmungen aller drei Jahre evaluiert werden, damit dann quasi aller drei Jahre immer die neueste Technik angeschafft wird.

Was diese Ausführungsbestimmungen sind, haben Sie in Punkt 2 definiert. Da steht nämlich, das sollen die ressourcenschonendsten, wartungsfreundlichsten, langlebigsten und effizientesten Geräte ihrer Klasse sein. In Punkt 1 steht aber, Sie legen Wert auf die Langfristigkeit der ausgerichteten Nutzung.

Ja was denn nun? Wenn Sie alle drei Jahre die effizienteste Technik wollen, ist das nicht langlebig. Das widerspricht sich.

Weiter wollen Sie, dass diese Kriterien bei der Beschaffung berücksichtigt werden. Da empfehle ich Ihnen, sich an den Gesetzgeber zu wenden. Wir haben heute erst über die Haushaltssituation der Stadt gesprochen. Wir haben kein Geld. Die Stadt ist dazu aufgefordert, wirtschaftlich mit ihrem Vermögen umzugehen. Und wirtschaftlich heißt bei der Beschaffung der Computertechnik, das günstigste Angebot zu wählen und vielleicht kann man dann auch noch die Betriebskosten mit berücksichtigen.

Aber ich weiß nicht, dass die Kriterien Ressourcenschonung, Wartungsfreundlichkeit und Langlebigkeit irgendein Kriterium sind, was die Kommunalaufsicht überzeugen würde, wenn die Computer teurer sind, die wir kaufen. Das ist einfach Quatsch.

Weiter führen Sie hier aus, dass Zertifikate, wie der „Blaue Engel“ oder das EU-Umweltlabel nicht streng genug sind, weil sie einfach nicht aktuell genug sind und die Verwaltung soll bei der Beschaffung das jeweils effizienteste Angebot am Markt raussuchen. Da frage ich mich, wie soll die Verwaltung das denn wissen, wenn die anerkannten Umweltlabel Ihnen nicht streng genug sind. Woher soll die Verwaltung das wissen? Das geht doch gar nicht.

Wenn Sie wirklich etwas für die Umwelt tun wollen, dann kann ich Ihnen nur empfehlen, anstatt so einem aktionistischen Ökopopulismus hier wirkliche Anträge zu stellen und nicht so einen Quatsch. Sie könnten etwas für die Umwelt tun, wenn Sie sich diesen Antrag gespart hätten. Das sind immerhin 5 Seiten Papier. Rechnen Sie sich aus: 56 Stadträte plus Oberbürgermeisterin und Verwaltung, was das für einen Berg Papier ergibt, was Sie der Umwelt damit hätten ersparen können.

Abschließend nur noch eine Bemerkung: Ich rege an, diesen Antrag zu verweisen, und zwar direkt dahin wo er hingehört, in den Papierkorb. Danke.

*Ende des Wortprotokolls.*

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

#### **Beschlussvorschlag:**

1. *Die Stadt Halle (Saale) verpflichtet sich zur energiesparenden, ressourcenschonenden und auf Langfristigkeit ausgerichteten Nutzung von Geräten und Dienstleistungen der Informations- und Kommunikationstechnologie.*
2. *Für oder durch die Stadtverwaltung angeschaffte Geräte müssen zukünftig mindestens den Anforderungen der jeweils aktuellen Fassungen anerkannter Umweltgütezichen und Zertifizierungen in diesen Bereichen entsprechen, und sollen zu den jeweils ressourcenschonendsten, wartungsfreundlichsten, langlebigsten und effizientesten Geräten ihrer Klasse gehören. Dies sollte ebenso für Datenverarbeitungsverfahren von Dienstleistern gelten.*
3. *Die konkreten Ausführungsbestimmungen zur Umsetzung dieser Ziele werden nach jeweils drei Jahren evaluiert und an den dann jeweils aktuellen Stand der Technik angepasst.*

#### **Abstimmungsergebnis:**

**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den  
**Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten,  
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM in den  
**Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben  
nach VOB, VOL, HOAI und VOF**

*Der Stadtrat legte eine Pause von 29 Minuten ein.*

---

**zu 8        schriftliche Anfragen von Stadträten**

**zu 8.1     Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Besetzung von Personalstellen in der Stadtverwaltung  
Vorlage: V/2011/09883**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.2     Anfrage des Stadtrates Hendrik Lange (Fraktion DIE LINKE.) zur Wahlplakatierung  
Vorlage: V/2011/09882**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.3     Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion zur Innenbereichssatzung Nr. 1, Am Pestalozzipark der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2011/09913**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.4     Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu leer stehenden Schulgebäuden  
Vorlage: V/2011/09899**

---

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, bezog sich auf die Antwort der Verwaltung und wies darauf hin, dass es seiner Fraktion hierbei explizit um Schulgebäude und nicht um alle städtischen Gebäude ginge. Insofern sollte seines Erachtens eine Beantwortung zur Stadtratssitzung im September 2011 möglich sein.

---

**Die Anfrage wurde auf die Stadtratssitzung im Oktober 2011 vertagt.**



**zu 8.5     Anfrage des Stadtrates Oliver Paulsen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
zur Notfall-Wasserversorgung durch die Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2011/09915**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.6     Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Wassertourismuskonzept der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2011/09904**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.7     Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Perspektiven des Badens in der Saale  
Vorlage: V/2011/09909**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.8     Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zu Statistiken bezüglich Gewalt im häuslichen sowie im öffentlichen Bereich  
Vorlage: V/2011/09903**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.9     Anfrage der CDU-Fraktion zu Lärmschutz mit photovoltaischer Energiegewinnung - "Strom statt Lärm"  
Vorlage: V/2011/09980**

---

**Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, fragte bezogen auf die Antwort, ob die Verwaltung selbstständig tätig und prüfen werde, welche Umsetzungsmöglichkeiten zu den Standorten und Investitionsmöglichkeiten von Betreibern bestünden sowie im Ergebnis dessen dem Stadtrat entsprechende Vorschläge unterbreite.**

**Herr Stäglich, Beigeordneter für Planen und Bauen, sagte dies zu.**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde mit Nachfragen zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.10 Anfrage der Stadträtin Ute Haupt (Fraktion DIE LINKE.) zur Kindergesundheit**  
**Vorlage: V/2011/09989**

---

**Die Anfrage wurde auf die Stadtratssitzung im September 2011 vertagt.**

**zu 8.11 Anfrage der Stadträtin Ute Haupt (Fraktion DIE LINKE.) zur gesundheitlichen Für- und Vorsorge von älteren Menschen in Halle (Saale)**  
**Vorlage: V/2011/09998**

---

**Die Anfrage wurde auf die Stadtratssitzung im September 2011 vertagt.**

**zu 8.12 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber (Fraktion DIE LINKE.) zum Ratsinformationssystem**  
**Vorlage: V/2011/10000**

---

**Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE.**, fragte bezogen auf die Antwort der Verwaltung, ob er eine Information über die noch ausstehende Rückmeldung erhalte.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, teilte mit, dass die Verwaltung zum gegebenen Zeitpunkt die Anfrage dahin gehend ausführlich beantworten werde.

---

**Die Anfrage wurde vertagt.**

**zu 8.13 Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Fortschreibung von Fachkonzepten**  
**Vorlage: V/2011/09991**

---

**Frau Nagel, Fraktion DIE LINKE.**, erklärte sich mit der Antwort der Verwaltung nicht einverstanden und kündigte eine weitere Anfrage zu dieser Thematik an.

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.14** Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur Fußwegepflasterung im Stadtgebiet  
Vorlage: V/2011/10003

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.15** Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur Fußwegekehrung in der Geiststraße  
Vorlage: V/2011/10005

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.16** Anfrage der Stadträtin Martina Wildgrube zum Antrittsbesuch des Landesbauministers Thomas Webel in Halle  
Vorlage: V/2011/09986

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.17** Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu geplanten Straßenbauvorhaben in Halle  
Vorlage: V/2011/10016

---

Die Anfrage wurde auf die Stadtratssitzung im September 2011 vertagt.

**zu 8.18** Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Orientierungssystemen für Blinde und Sehbehinderte  
Vorlage: V/2011/10010

---

Die Anfrage wurde auf die Stadtratssitzung im September 2011 vertagt.

**zu 8.19** Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Angebotsreduktion bei dem Kurzstreckenticket der HAVAG  
Vorlage: V/2011/10019

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.20 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur geplanten Errichtung von Spielplätzen in der Südstraße und am Preßlersberg  
Vorlage: V/2011/10018**

---

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, wies darauf hin, dass die Fragen 4 und 5 seitens der Verwaltung nicht beantwortet wurden. Die Nachfragen zielten explizit auf die dort wohnhaften Kinder, Jugendlichen und Eltern bzw. die in der Nähe befindlichen Schulen und Institutionen ab. Die Antwort hingegen bezog sich ausschließlich auf den Kinder- und Jugendrat.

Infolge dessen fragte **Frau Dr. Brock**, ob die o. g. Personengruppen eingeladen wurden und regte an, falls dies nicht erfolgt sei, dass diese zukünftig an den Bürgergesprächen beteiligt werden.

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen und Nachfragen zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.21 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Deponie Halle-Lochau  
Vorlage: V/2011/09992**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.22 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Rückkehr der Schule für Mode und Design nach Halle (Saale)  
Vorlage: V/2011/09997**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.23 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Bearbeitung von Elterngeldanträgen in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2011/09990**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.24 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Bereitstel-**

**lung des Schweinegrippenimpfstoffes**  
**Vorlage: V/2011/09999**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.25 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zum Stadion Halle-Neustadt**  
**Vorlage: V/2011/09994**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.26 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zum Fußball-Pokalspiel des HFC im Stadion Halle-Neustadt**  
**Vorlage: V/2011/09993**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.27 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Entgeltvereinbarung des Schulschwimmunterrichts**  
**Vorlage: V/2011/10001**

---

**Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, merkte an, dass seine Fraktion die Rechtsauffassung der Verwaltung nicht teilen könne. Der Verordnung zur Sicherung und Nutzung von Sporteinrichtungen im öffentlichen Eigentum des Landes Sachsen-Anhalt wäre nicht zu entnehmen, dass es dabei ausschließlich um den Breitensport ginge. Zudem sei der Schulsport im Text der Verordnung ausdrücklich erwähnt.

In Anbetracht dessen fragte **Herr Häder**, woraus in der Verordnung abzuleiten wäre, dass ausschließlich dem Breitensport eine unentgeltliche Nutzung zu gewähren sei.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, erklärte, dass es Ziel der Verordnung sei, den Breitensport ab 16:00 Uhr grundsätzlich kostenfrei zu ermöglichen. Der Schul- und Schwimmunterricht hingegen wäre nach dem Schulgesetz geregelt und finde nicht nach 16:00 Uhr statt. Die freien Schulträger erhalten für den pflichtigen Unterricht, wie z. B. für den Schwimmunterricht, finanzielle Mittel, um diesen abdecken zu können.

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen und Nachfragen zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.28 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur "Ausgliederung" der kommunalen Sportverwaltung und Sportstätten  
Vorlage: V/2011/10008**

---

**Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, erklärte sich mit der Antwort der Verwaltung nicht einverstanden. Die Gliederung der Verwaltungsstruktur liege zwar in der Hoheit der Verwaltung, bei einer Ausgliederung eines bestimmten Bereiches sei der Stadtrat allerdings zu beteiligen und über die konkreten Vorstellungen rechtzeitig zu informieren.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** wies darauf hin, dass derzeit Abstimmungsgespräche dazu stattfinden. Sollten sich im Ergebnis dessen Strukturveränderungen im Sinne von Ausgliederungen ergeben, werde der Stadtrat im Rahmen seiner Zuständigkeit einbezogen.

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.29 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu den Öffnungszeiten der Freibäder der Bäder GmbH  
Vorlage: V/2011/10011**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.30 Anfrage des Stadtrates Denis Häder (MitBÜRGER für Halle) zum Krankheitsstand der MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung  
Vorlage: V/2011/10013**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 9 Mitteilungen**

**zu 9.1 Stand Umsetzung Konjunkturprogramm II**

---

**Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.**

**weitere Mitteilungen:**

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** teilte mit, dass die Verwaltung einen Bericht zum Hochwasser an der Reide in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten sowie in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten einbringen werde. Darin werde ebenso die Situation am Osendorfer See dargestellt.

Zudem werde die Verwaltung den entsprechenden Fachausschüssen einen Sachstandbericht hinsichtlich des Hochwassers an der Saale vorlegen. Darin werde die Situation des Gimritzer Dammes als Hochwasserschutzdamm sowie die Grundwassersituation in Halle-Neustadt und erforderliche Maßnahmen dargestellt, um langfristig einen Hochwasserschutz gewährleisten zu können.

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** teilte bezogen auf die Einstufung der Saale als Restwasserstraße mit, dass sie sich in einem Schreiben an den Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung dezidiert dagegen ausgesprochen habe.

Daraufhin wurde seitens des dafür zuständigen parlamentarischen Staatssekretärs geantwortet, dass derzeit Prüfungen hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit der erwogenen Vorhaben erfolgen. In diesem Zusammenhang wurde die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Ost beauftragt, die Wirtschaftlichkeitsgutachten zum Saaleausbau zu aktualisieren.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte zu, das Antwortschreiben des Bundesministeriums den Fraktionen zukommen zu lassen.

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bezog sich auf die vorgesehene Schließung der Außenstelle des Kreiswehrrersatzamtes in der Stadt Halle. In einem Schreiben an Bundesverteidigungsminister, Herrn Dr. Thomas de Maizière, habe sie sich für den Erhalt des Bundeswehr-Musterungszentrums Halle eingesetzt und um eine nochmalige Prüfung gebeten.

Entsprechend der Antwort des Bundesverkehrsministers werden derzeit die Planungen und Prioritätensetzungen aufgestellt. Es wurde um Verständnis gebeten, dass momentan keine Aussagen hinsichtlich der Struktur und zu den Standorten der Personalgewinnungsorganisation der Bundeswehr möglich seien. Die Stadt Halle soll aber versichert sein, dass die notwendigen Entscheidungen unter sorgfältiger Abwägung aller relevanten Faktoren getroffen werden.

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** teilte zum Haushaltsplan 2012 mit, dass gegenwärtig keine Grundlagen für die Eckdaten des Haushaltes aufgrund der nicht geklärten Zuweisungen über das Finanzausgleichsgesetz, Steuereinnahmen, Investitionspauschale und Haushaltskonsolidierung gegeben seien. In Anbetracht dessen wäre es derzeit nicht möglich, dem Stadtrat den Haushaltsplan für das Jahr 2012 vorzulegen. Herr Beigeordneter Geier werde dazu die Fraktionen nochmals schriftlich informieren.

Es gab keine weiteren Mitteilungen.

## **zu 10 mündliche Anfragen von Stadträten**

---

**Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion**, fragte, inwieweit nach einer nachhaltigen Lösung gesucht werde, dass den Sportvereinen die Schulturnhallen auch in den Ferienzeiten zur Verfügung gestellt werden können, ohne dass diese für die anschließende Reinigung verantwortlich seien.

Darüber hinaus bezog sich **Herr Dr. Diaby** auf die Einführung der Umweltzone in der Stadt Halle ab dem 01.09.2011. Eine Vielzahl der Bürger und Firmen erhalten die beantragte Ausnahme genehmigung nicht rechtzeitig. Informationen aus der Presse zufolge kündigte die Polizei an, keine Kontrollen dahin gehend durchzuführen.

In Anbetracht dessen fragte **Herr Dr. Diaby**, inwieweit die Verwaltung gegenüber den Bürgern eine verbindliche Aussage treffen könne, dass tatsächlich keine Kontrollen durchgeführt werden.

Bezogen auf die Frage zur Nutzung der Schulturnhallen durch die Sportvereine in den Ferienzeiten erklärte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass die Verwaltung dazu mit dem Stadtsportbund im Gespräch sei. Zudem wies sie darauf hin, dass die Umsetzung nur ohne finanzielle Belastung der Stadt erfolgen könne.

**Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit, Gesundheit und Sport**, antwortete auf die Frage zur Einführung der Umweltzone, dass gegenwärtig 330 Anträge auf Ausnahme genehmigung vorliegen. Davon seien die Antragsunterlagen lediglich bei ca. 15 % vollständig, so dass bisher nur 30 Anträge beschieden werden konnten.

Weiterhin informierte **Herr Beigeordneter Dr. Wiegand**, dass für die schnellstmögliche Bearbeitung der Anträge mit dem heutigen Tag zusätzlich zwei Mitarbeiter innerhalb der Verwaltung eingesetzt wurden.

Hinsichtlich des am heutigen Tag in der Presse dargestellten Sachverhaltes teilte **Herr Beigeordneter Dr. Wiegand** mit, dass der entsprechende Antrag erst heute in der Verwaltung eingegangen sei. Insofern wäre dieser Sachverhalt nicht korrekt.

---

**Herr Lange, Fraktion DIE LINKE.**, bezog sich auf seine schriftliche Anfrage zum TOP 8.2

Anfrage des Stadtrates Hendrik Lange (Fraktion DIE LINKE.) zur Wahlplakatierung  
Vorlage: V/2011/09882

Die Antwort der Verwaltung könne er insofern nicht nachvollziehen, dass keine Verstöße registriert wurden, aber dennoch Ersatzvornahmen erfolgten.

Aufgrund dessen fragte **Herr Lange** nach dem Zusammenhang.

Zudem fragte **Herr Lange** nach der Berechnungsgrundlage für die Kosten der Ersatzvornahme.

**Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit, Gesundheit und Sport**, sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

---

**Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion**, fragte hinsichtlich der Umweltzone nach der weiteren Vorgehensweise, sollte bei einer Kontrolle die jeweilige Person nachweisen können, die Ausnahme genehmigung beantragt zu haben, der Bescheid dazu aber noch nicht vorliege.

Darüber hinaus fragte **Herr Scholtyssek** nach den Gründen für die Verzögerung der Fertigstellung der Baumaßnahme in der Delitzscher Straße, Kreuzung Grenzstraße sowie nach dem Termin der Fertigstellung.



**Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit, Gesundheit und Sport**, erklärte, dass rechtlich gesehen ohne Besitz der Ausnahmegenehmigung das Fahren in der Umweltzone unzulässig sei. Aufgrund des Bearbeitungsstandes der Anträge und der derzeitigen Übergangsfrist werde die Polizei aber keine Kontrollen durchführen. Die Politessen werden ebenfalls keine Kontrollen durchführen, da dies nicht in deren Zuständigkeit liege.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, gab bekannt, dass die Frage zur Baumaßnahme in der Delitzscher Straße seitens der Verwaltung schriftlich beantwortet werde.

---

**Herr Misch, CDU-Fraktion**, fragte bezüglich von Fotovoltaik-Anlagen auf Gebäuden der Stadtwerke und städtischer Einrichtungen, ob es vor dem Hintergrund einer zentralen Bearbeitung im Sinne der Kostenminimierung sinnvoll wäre, ausschließlich der EVH die Planungen und Ausführungen zu überlassen.

Zudem bezog sich **Herr Misch** auf die Mitteilung der Oberbürgermeisterin zum Hochwasserbericht der Reide. In dem Zusammenhang erinnerte er an seine mündliche Anfrage aus der letzten Stadtratssitzung. In der schriftlichen Beantwortung wurde ausgeführt, dass die Verwaltung gemeinsam mit dem Verein eine zweckmäßige Lösungsmöglichkeit erarbeitet habe. Diese verfolge das Ziel, durch eine „Verwallung“ den Taleinschnitt der ehemaligen Grubenbahn zu schließen und somit einer erneuten Flutung entgegenzuwirken.

Der heutigen Einwohnerfrage des Vorsitzenden des Halleschen Kanu-Clubs 54 e. V., so **Herr Misch** weiter, musste er entnehmen, dass diesem die behauptete Problematik nicht bekannt sei, obwohl zwischen Verein und Verwaltung Gespräche stattgefunden haben und Vorschläge unterbreitet wurden.

Infolge dessen fragte **Herr Misch** nach den Gründen und bat um Aufklärung.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** antwortete bezogen auf die Fotovoltaik-Anlagen, dass dazu bereits Abstimmungsgespräche zwischen der EVH und dem Eigenbetrieb ZGM stattfinden. Weiterhin sei vorgesehen, der EVH die Planungen und Ausführungen zu überlassen. Danach werde die EVH der Stadtverwaltung einen Vorschlag zur weiteren Verfahrensweise unterbreiten.

Hinsichtlich des Hochwassers der Reide auf dem Gelände des Osendorfer Sees verwies **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** auf ihre Ausführungen in der Einwohnerfragestunde sowie zu ihrer Mitteilung.

Hierzu erfolgen gegenwärtig Prüfungen, welche Maßnahmen zielführend wären sowie eine Klärung zur Frage der Finanzierung dieser. Dazu finden Gespräche mit dem Land und ggf. mit dem Saalekreis statt. Weshalb dem Halleschen Kanu-Club 54 e. V. dies nicht bekannt sei, könne sie nicht nachvollziehen.

**Herr Stäglich, Beigeordneter für Planen und Bauen**, fügte zum Hochwasser der Reide am Osendorfer See hinzu, dass die Verwaltung mit dem Verein die Fragen der Vorsorge für zukünftige Hochwasserschäden diskutiert habe. In der heutigen Einwohnerfragestunde bezog sich der Vorsitzende des Vereins hingegen auf die Hochwasserschäden am Gebäude. Dies seien zwei unterschiedliche Themen.

Die Verwaltung habe den Verein insoweit unterstützt, dass gemeinsame Planungen erfolgt seien. Jetzt müsse die Finanzierung und Umsetzung geklärt werden.

---

**Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion**, bezog sich auf einen Leserbrief einer halleschen Bürgerin in der MZ. Darin habe sie auf einen ungesicherten Zaun in der Delitzscher Straße 200 hingewiesen, welcher eine Unfallgefahr für Fußgänger darstelle. Zudem äußerte sie ihren Unmut darüber, dass das Bürgerbüro der Stadtverwaltung ihrerseits bereits dreimal darüber informiert wurde und sie weder eine Antwort erhalten habe noch der Missetand beseitigt wurde.

In Anbetracht dessen fragte **Herr Hildebrandt**, wie die Verwaltung mit Schreiben von Bürgern umgehe und weshalb diese keine Eingangsbestätigung erhalten.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** brachte zum Ausdruck, dass die Mitarbeiterinnen des Bürgerbüros äußerst zuverlässig seien und den Beschwerden und Missetänden genau nachgehen. Dazu erkundigen sie sich bei Bedarf auch nochmals bei dem jeweiligen Bürger.

Der Sachverhalt wurde bereits innerhalb der Verwaltung ausgewertet. Die Mitarbeiterinnen des Bürgerbüros haben dargestellt, dass ihnen diese Problematik nicht bekannt gewesen sei.

Unabhängig davon habe sich die Verwaltung im Zuge des Leserbriefes in der MZ an die Bürgerin gewandt, so dass nun eine Klärung erfolgen könne.

---

**Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion**, fragte nach dem Stand der Fertigstellung der Baumaßnahme Turnhalle Grundschule Büschdorf im Rahmen des Konjunkturpaketes II.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, erklärte die Ursachen für die verzögerte Fertigstellung. Auf dem Gelände wurden im Zuge von Erdarbeiten Schadstoffe im Boden entdeckt, welche vorerst beseitigt werden mussten. Weiterhin seien die Kosten um 1/3 höher als geplant und die Nachfrage an Baufirmen bezüglich Turnhallenböden allgemein sehr hoch gewesen, so dass hier ebenfalls Verzögerungen eingetreten waren.

Weiterhin teilte **Herr Beigeordneter Kogge** mit, dass er davon ausgehe, dass die Fertigstellung der Turnhalle im September 2011 erfolge.

---

**Herr Müller, CDU-Fraktion**, bezog sich auf das Eröffnungsspiel zwischen dem HFC und dem HSV im neuen Fußballstadion. Seinen Informationen zufolge sei eine Vielzahl von Bürgern enttäuscht, keine Karten mehr für das Spiel erwerben zu können.

Infolge dessen fragte **Herr Müller**, wie viele Karten tatsächlich im freien Verkauf erhältlich waren.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** entgegnete, dass ihr dies nicht bekannt sei. Unabhängig davon machte sie darauf aufmerksam, dass ein Eröffnungsspiel immer etwas Besonderes darstelle und die Nachfrage dementsprechend hoch sei.

Darüber hinaus erinnerte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** an ihre Ausführungen im Hauptausschuss, dass für die Stadträte die Möglichkeit bestünde, eine personengebundene Karte für das Eröffnungsspiel zu erhalten.

---

**Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, bezog sich auf die Thematik Singschule. Dazu haben einige Eltern erklärt, dass sie ihre Kinder aus dem Chor abmelden, sollte der Stadtrat dem Verhandlungsergebnis zur Verlängerung des Leistungsvertrages zur Trägerschaft der Singschule mit der Jugendwerkstatt "Frohe Zukunft" zustimmen.

Nach Beschluss des Stadtrates sei der Presse zu entnehmen gewesen, dass das tatsächlich in der Form erfolgt sei. Dies haben ihm Eltern auch bestätigt.

Aufgrund dessen äußerte sich **Herr Häder** mit folgenden Fragen:

Liegen der Verwaltung dahin gehend konkrete Erkenntnisse vor?

Wenn ja, inwieweit wurden Abmeldungen vorgenommen und wie wirkt sich das auf die Höhe der ausgereichten städtischen Fördermittel aus?

Wie stellt sich in dem Zusammenhang die Entwicklung der Mitgliederzahlen in der Singschule insgesamt und im Kinderchor dar?

Des Weiteren bat **Herr Häder** die Verwaltung, den Fraktionen die endgültige Fassung des Leistungsvertrages zur Trägerschaft der Singschule mit der Jugendwerkstatt "Frohe Zukunft" zur Verfügung zu stellen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte bezogen auf die Fragen eine schriftliche Beantwortung zu. Gleichzeitig merkte sie an, dass kein signifikanter Mitgliederschwund in der Singschule zu verzeichnen sei. Es habe sowohl Abmeldungen als auch Neuanmeldungen gegeben.

Hinsichtlich der Bitte, den Leistungsvertrag zur Verfügung zu stellen, machte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** deutlich, dass dieser jederzeit bei der Kulturreferentin, Frau Dr. Wohlfeld, eingesehen werden könne.

---

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, äußerte sich zum Thema Spontanpartys mit folgenden Fragen:

Welche Vereinbarungen wurden zwischen der Stadtverwaltung und den Veranstaltern bereits getroffen oder sollen noch getroffen werden, um wiederholte Eskalationen in Zukunft zu vermeiden?

Gibt es Absprachen mit der Polizei? Werden diese aus Sicht der Stadtverwaltung berücksichtigt?

Welche Überlegungen gibt es, um dem Anliegen der Veranstalter und Teilnehmer weiter entgegenkommen zu können?

Welche Standorte werden seitens der Stadtverwaltung den Veranstaltern vorgeschlagen?

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

---

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, bezog sich auf eine schriftliche Anfrage seiner Fraktion aus der Stadtratssitzung im Juni 2011 zum TOP 8.21

Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Sachstand Verbesserung der Breitbandversorgung  
Vorlage: V/2011/09916

Seinerseits wurde um eine erneute Beantwortung gebeten. Diese liege ihm bisher nicht vor.

Darüber hinaus wurde in der Stadtratssitzung im Juni 2011 zum TOP 7.9

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage des Raumkonzeptes der Stadtverwaltung  
Vorlage: V/2011/09908

der Beschluss gefasst, dem Stadtrat die erarbeitete Raum- und Gebäudebestandsanalyse hinsichtlich der aktuell durch die Stadtverwaltung genutzten Gebäude für die Stadtratssitzung im August 2011 als Informationsvorlage vorzulegen. Diese liege ebenfalls nicht vor.

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit**, teilte zur schriftlichen Anfrage zum Sachstand Verbesserung der Breitbandversorgung mit, dass die Beantwortung fertiggestellt sei und den Fraktionen am morgigen Tag zugesandt werde.

Hinsichtlich des Raumkonzeptes erklärte **Herr Beigeordneter Neumann**, dass dazu innerhalb der Verwaltung eine Arbeitsgruppe gebildet wurde. Unabhängig davon erinnerte er an seine Ausführungen im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften sowie im Hauptausschuss zur Vorbereitung des Umzuges der Fraktionen. Im Zuge dessen erfolge ebenso die Vorbereitung des Umzuges des Steueramtes.

In diesem Zusammenhang müsse die Frage der Bestandssicherheit von städtischen Gebäuden geklärt werden, so dass voraussichtlich bis Ende dieses Jahres keine konkreten Ergebnisse vorliegen und das Raumkonzept nicht eingebracht werden könne.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, machte darauf aufmerksam, dass entsprechend der Aussagen seitens der Verwaltung ein Raumkonzept bereits vorliege. Dieses müsse sich nicht konkret auf den Umzug der Fraktionen beziehen.

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit**, wies darauf hin, dass die Stadtverwaltung seitens des Landesverwaltungsamtes zur Überarbeitung des Personalkonzeptes aufgefordert wurde. Dies habe auch Einfluss auf das Raumkonzept. Insofern seien beide Dinge miteinander verknüpft, so dass es sinnvoll wäre, nach der Personalstärke der Verwaltung auch die entsprechenden Räume auszurichten.

---

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE. erfolgt zu den Anfragen von Herrn Paulsen ein Wortprotokoll.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Jetzt zum zweiten Teil meiner Nachfragen. Diese beziehen sich auf das Thema Schulentwicklungsplanung.

Zum einen gibt es den Stadtratsbeschluss, dass im Bildungsausschuss im September 2011 über die Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung gesprochen werden soll. Das ist seit April 2011, glaube ich, bekannt. Jetzt ist die Einladung raus und das Thema steht nicht auf der Tagesordnung.

Mich würde interessieren, warum nicht und ob die Stadtverwaltung wieder gedenkt, hier den Stadtratsbeschluss zu ignorieren.

Zum anderen habe ich heute als Tischvorlage eine Antwort noch mal auf meine Frage im Hauptausschuss bekommen hinsichtlich der Anordnung des Landesverwaltungsamtes hinsichtlich der Jägerplatzschule.

Da hatte ich ja gefragt, warum der Stadtrat nicht informiert wurde und warum die Stadtverwaltung nicht fristwährend Widerspruch eingelegt hat. Nachdem die Oberbürgermeisterin im Hauptausschuss gesagt hat, der Stadtrat hätte informiert werden müssen, ist der Verwaltung jetzt offenbar eingefallen, dass wir gar nicht zuständig sind als Stadtrat für die Schulentwicklungsplanung, weil sie schreibt: übertragener Wirkungskreis.

Und vor dem Hintergrund frage ich,

a) ob Sie § 22 (2) Schulgesetz des Landes kennen, wo wortwörtlich steht: „... Die Schulentwicklungspläne werden durch Kreistags- oder Stadtratsbeschluss festgestellt ...“

b) ob Sie in Zukunft gedenken, Schulentwicklungspläne überhaupt nicht mehr durch den Stadtrat zu geben und warum Sie das in der Vergangenheit getan haben.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:**

Herr Kogge bitte.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung:**

Zuerst einmal: Die Frage war im Hauptausschuss und wir haben die Antwort Ihnen in die Fraktionsgeschäftsstellen gegeben, so dass jetzt alle die Antwort haben.

Zu Punkt 1. Es ist die Frage gewesen, warum wir nicht Klage eingelegt haben zum Bescheid des Landes. Der Bescheid des Landes hat folgende Punkte enthalten:

1. Der Standort Jägerplatz ist aufzuheben.
2. Die Aufhebung ...

... *Zwischenrufe*

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung:**

Das sage ich auch nicht, dass ich das kann. Ich sage der Bescheid des Landesverwaltungsamtes beinhaltet folgende Punkte:

1. Der Standort Jägerplatz ist aufzuheben.
2. Die Aufhebung ist in der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung 2012/2013 aufzunehmen. Die Schule ist bis zum 31.07.2012 zu schließen. Die Fortschreibung ist bis zum 31.12.2011 vorzulegen.

Das heißt:

1. Der Termin, den sie uns geben, ist fristwährend zu erreichen.
2. Es ist eine Schließung bis zum 31.07.2012 zu erreichen.
3. Der Punkt ist der nächste Schulnetzplan, d. h. der Schulnetzplan 2012/2013.

Es ist also das, was sowieso im Gesetz unter § 64 (1) steht, dass wir bedarfsdeckend Schulen besonders dann, wenn wir ein größeres Angebot an Gebäuden als Schüler haben, so anzupassen haben, wie es uns im § 64 (1) des Schulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt vorgegeben ist.

Zu dem Bereich Wirkungskreis, wer ist zuständig. Dort hat es eine lange Diskussion gegeben. Interessanterweise in einer Klage vom Oberverwaltungsgericht entschieden, steht fest, dass es sich eindeutig um eine Aufgabe im übertragenen Wirkungskreis handelt. Und zwar steht drin: Der Stadtrat beschließt nicht, sondern stellt fest.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**  
Durch Beschluss.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung:**  
Und mit der Feststellung ... Zuständig für die Schulnetzplanung ist das Land und wir machen die örtliche Untersetzung nach Vorgaben des Landes - § 22 (4) Schulgesetz Land Sachsen-Anhalt.

Es tut mir leid, dass ich jetzt etwas Schwierigkeiten habe, etwas dagegen zu machen, aber Sie haben die Antwort schriftlich. Und es wäre leichter, dann im Bildungsausschuss diese Punkte anzugehen. Zum nächsten Bildungsausschuss ist bereits eingeladen.

Zu Frage 2: Warum ist die Schulnetzplanung noch nicht raus? Wir haben sie momentan in der Abstimmung in der Verwaltung. Sie soll, denke ich, in den nächsten Ausschuss kommen, das müsste die Oktobersitzung sein. September konnten wir nicht mehr schaffen wegen der Ferienzeit und alles - war es nicht erreichbar.

In der Schulentwicklungsplanung sind alle Punkte aufgenommen, die wir nach Gesetz haben müssen. Und diese werden Sie dann rechtzeitig bis zum Beschluss haben, der dann in der Stadtratssitzung im Dezember 2011 gefasst werden müsste, damit es dem Landesverwaltungsamt rechtzeitig zugehen kann.

Die Frage also 1.: Warum keine Klage? Habe ich, denke ich, hier noch mal kurz beantwortet. Schriftlich ist sie etwas ausführlicher und Sie können Ihre Fragen dann noch konkreter stellen.

Frage 2: Wann kommt die Vorlage? Also im Oktober 2011, weil es zeitlich innerhalb der Verwaltung bis zum September nicht zu schaffen war. Den Punkt bekommen Sie auch noch mal im Ausschuss erklärt. Wir können das aber schon vorher mit ausreichen beim nächsten Mal, damit die Diskussion verkürzt werden kann, weil Sie sich besser vorbereiten können.

Von daher sind die beiden Punkte zu beantworten.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Herr Kogge, dann stelle ich fest, dass Sie wiederholt den Stadratsbeschluss missachten, dass wir im September 2011 über die Schulentwicklungsplanung sprechen. Das wissen Sie seit einem halben Jahr.

Nur um Sie richtig zu verstehen, dass Sie den Stadratsbeschluss missachten, den es mehrfach gegeben hat, dass der Stadtrat die Jägerplatzschule nicht schließen will.

Und abschließend stelle ich fest, dass im Landesschulgesetz steht, die Schulentwicklungspläne werden durch Stadtratsbeschluss festgestellt. Sie werden festgestellt, aber durch Beschluss. Vielen Dank.

*Ende des Wortprotokolls*

---

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fragte wiederholt nach dem aktuellen Stand zur Errichtung eines Fahrradparkhauses am Hauptbahnhof.

Weiterhin fragte **Herr Wehrich** nach dem Zeitpunkt der Einbringung der Vorlage zur Investitionsprioritätenliste.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

---

**Herr Hajek, FDP-Fraktion**, bezog sich auf die Vorlage der Verwaltung Sportprogramm der Stadt Halle (Saale), Vorlage: V/2010/09249. Dazu erfolgten im Sportausschuss und mit dem Stadtsportbund langwierige und konstruktive Diskussionen mit vorgenommenen Änderungen.

Seinen Informationen zufolge wurde der Stadtsportbund seitens der Verwaltung gebeten, nochmals Vorschläge hinsichtlich einer zukünftigen Struktur des Sports zu erarbeiten. Diese wurden der Verwaltung vorgelegt. Weitere Exemplare seien nicht vorhanden.

In der Sportausschusssitzung am 02.08.2011 wurde kritisiert, dass die Stadträte in die Überlegungen nicht einbezogen wurden. Eine Umstrukturierung des Sportbereichs in der Verwaltung müsse Bestandteil der Diskussion zum Sportprogramm sein.

In Anbetracht dessen fragte **Herr Hajek**, ob es der Tatsache entspreche, dass es lediglich ein Exemplar zu den Vorschlägen des Stadtsportbundes für eine zukünftige Struktur des Sports gebe.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** antwortete, dass zu den Vorschlägen derzeit Abstimmungsgespräche zwischen Verwaltung und Stadtsportbund stattfinden, inwieweit diese nachhaltig seien und umgesetzt werden können. Im Ergebnis dessen werde der Stadtrat entsprechend eingebunden. Zudem machte sie darauf aufmerksam, dass mögliche Strukturveränderungen nicht Gegenstand der Diskussion zum Sportprogramm sein können.

Hinsichtlich der Frage, ob davon lediglich ein Exemplar vorhanden sei, informierte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass sie dazu keine Aussage treffen könne. Seitens des Stadtsportbundes wurde ihr ein Exemplar übergeben. Inwieweit dies das Einzige wäre, sei ihr nicht bekannt.

---

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, äußerte sich zu den Protesten hinsichtlich der Sperrung der Friedhofstraße in Halle-Büschdorf im Zusammenhang mit der Baumaßnahme in der Delitzscher Straße. Seinen Informationen zufolge sollen die Poller in der Friedhofstraße nach Fertigstellung der Baumaßnahmen in der Käthe-Kollwitz-Straße ab dem 01.09.2011 wieder aufgestellt werden.

**Herr Bönisch** teilte mit, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht erkennbar sei, ob die Baumaßnahmen in der Käthe-Kollwitz-Straße fertiggestellt wären und somit wieder befahren werden könne.

Infolge dessen fragte **Herr Bönisch** nach den konkreten Plänen der Verwaltung und ob bezüglich zum Zeitpunkt der Aufstellung der Poller eine öffentliche Information erfolge.

**Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit, Gesundheit und Sport**, sagte eine Prüfung und entsprechende Information am morgigen Tag zu.

---

**Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion**, bezog sich auf die Sperrung der Giebichensteinbrücke zum Laternenfest vom 26. bis 28.08.2011. Hier seien Irritationen dahin gehend aufgetreten, dass die entsprechenden Verkehrsschilder am Montagabend noch nicht entfernt waren und Unsicherheiten bestanden, ob das Fahren über die Brücke erlaubt sei.

Demzufolge fragte **Frau Dr. Bergner** nach den Gründen sowie nach der Zuständigkeit für das Entfernen der Verkehrsschilder.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte eine Prüfung und schriftliche Beantwortung zu.

---

**Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion**, äußerte sich ebenfalls zur Thematik Singschule. Als Alternative zur bestehenden Singschule habe sich kürzlich der Verein „Singschule Halle (Saale)“ gegründet. Hier bestünde eine Namensgleichheit mit der bestehenden und städtisch geförderten Singschule.

In Anbetracht dessen bat **Frau Dr. Wünscher** um Prüfung und Sicherung der Namensrechte.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** erklärte, dass ihr die Problematik bekannt sei und derzeit eine Prüfung seitens des Rechtsamtes erfolge sowie anschließend die notwendigen Schritte eingeleitet werden.

---

**Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fragte bezogen auf die mündliche Anfrage von Herrn Hajek, ob der Stadtrat erst eingebunden werde, wenn die Verwaltung eine Ausgliederung des Sportes an die Sportselbstverwaltung als nachhaltig erachte.

Im Zuge dessen wies sie darauf hin, dass der Stadtrat über das Sportprogramm nur inhaltlich beraten könne, wenn bekannt sei, in welcher Struktur dieses zukünftig umgesetzt werde.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** brachte zum Ausdruck, dass zu den Vorlagen grundsätzlich Vorarbeiten innerhalb der Verwaltung zu leisten seien, um im Ergebnis dessen zu einer einheitlichen Verwaltungsmeinung zu gelangen und dem Stadtrat einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten zu können. Diese Verfahrensweise sei üblich und werde man auch hinsichtlich einer ggf. vorzuschlagenden Ausgliederung des Sportes anwenden.

---

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE. erfolgt zu den Anfragen von Herrn Dr. Meerheim ein Wortprotokoll.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:**

Der letzte auf meiner Liste, Herr Dr. Meerheim, bitte.



**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.:**

Ich habe noch drei Fragen. Und zwar eine Frage zum Beschluss des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften bezüglich der Vertagung des Jahresabschlusses MMZ.

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften hatte beschlossen mit mehreren Bitten an Herrn Neumann, die auch zugesagt wurden - so formuliere ich das mal. Unter anderem mit der Bitte bzw. der Aufforderung, beim nächsten Mal im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften dann das neue Konzept für die Entwicklung des MMZ vorzustellen.

Nun ist uns zu Ohren gekommen, dass die Sitzung des Aufsichtsrates, die demnächst stattfindet, eine Tagesordnung hat, aber da ist ein Konzept überhaupt nicht Gegenstand.

Wie wollen Sie uns zum Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften, zum nächsten regulären, diese Dinge dann beantworten, wenn nicht mal der Aufsichtsrat über diese Dinge befindet, der eigentlich darüber befinden müsste bevor wir von Ihnen als Gesellschaftervertreter in diesem Aufsichtsrat dann dort das Notwendige und Machbare mitgeteilt bekommen? Frage 1.

Frage 2 an Herrn Kogge gerichtet bezogen auf die Frage von Herrn Paulsen im Hauptausschuss bezogen auf die Schülerbeförderung und die Kosten für den Zusatzbeitrag in Höhe von 80 €, der jetzt, wie festgestellt wurde, bei 87 € liegt.

Bei Ihrer Antwort schreiben Sie, wenn ich richtig rechne, dass Sie bei den Einnahmen einen Gewinn machen. Denn wenn ich 299 € eigene Kosten habe und 80 € als Zusatzbeitrag rechne, lande ich bei 379 €.

Sie schreiben aber, dass die Höhe der Gesamtkosten nur 373 € betragen hätte, jetzt sind es sogar 386 €. Das wäre ja eine Differenz von 13 €. Dann würde ich ja sagen, Sie haben sogar den Mehrbetrag vielleicht noch einigermaßen gerecht verteilt.

Wenn ich davon ausgehe, dass es ein Schreibfehler ist, und da eigentlich eine 9 stehen müsste bei 373 €, also 379 €, dann stimmt es wieder. Dann müsste man aber doch zumindest mal nach der Verhältnismäßigkeit der Umlage fragen. Denn wenn ich ein Verhältnis habe von knapp 300:80 dann müsste ich zumindest, was die Erhöhung dann der Gesamtkosten betrifft vielleicht mal überlegen, ob ich das dann im selben Verhältnis nur umlege. D. h. das würde natürlich dazu beitragen, dass der städtische Anteil etwas höher würde und dann würde ich den nicht zu 100 %, sozusagen die Mehrkosten, wieder auf die Eltern umlegen.

Darüber haben Sie offensichtlich nicht mal nachgedacht, sonst hätte man vielleicht ja auch im Ausschuss darüber informieren und vielleicht auch mal reden können. Das ist schade, dass das nicht geschehen ist. Und ich frage mich, wie kommt so eine Antwort hier zustande.

Frage 3. Herr Kogge, Sie kennen das Urteil des Verwaltungsgerichts bezogen auf die Klage der Eltern eines Schülers, die die Zuweisung in die Jägerplatzschule eingeklagt haben und denen das Verwaltungsgericht Halle Recht gab.

Würden Sie mit dem Wissen der Begründung dieser Entscheidung Ihre Antwort auf die Frage von Herrn Paulsen bezüglich der Nichteinlegung des Widerspruchs auf den Bescheid des Landesverwaltungsamtes geändert haben oder würden Sie es immer noch in dem gleichen Duktus lassen wie Sie es heute hier vorgelegt haben?

Dann würde das nämlich bedeuten, dass wir ab sofort, Sie können also auf Ihre Bildungsausschusssitzung mit dem Thema Schulentwicklungsplanung verzichten, wenn ich nämlich die Logik Ihrer Ausführungen hier folge, wenn wir im übertragenen Wirkungskreis die Schulentwicklungsplanung haben, dann würde Herr Misch zurecht aufstehen und sagen: Was stellen Sie hier überhaupt irgendwelche Anträge? Dafür sind Sie nicht zuständig, Sie können bitten und betteln, aber mehr nicht. Beschlüsse dürften wir gar nicht als Stadtrat fassen.

Insofern ist die gesamte Argumentation, die Sie hier darauf aufgebaut haben, völlig daneben. Und ich bitte darum, dass hier eine sachgerechte und wahre Beantwortung der Anfrage von Herrn Paulsen erfolgt.

Das, was hier steht, das kann Ihnen nicht durchgegangen werden lassen. Das muss ich ganz einfach mal so sagen. Auch die zweite Frage, die dann in dem Zusammenhang mit formuliert wurde, ist genauso grottenschlecht beantwortet.

Eigentlich muss man sich überlegen, wenn ein Beigeordneter, der für diesen Sachbereich zuständig ist, so etwas antwortet, ist er dann noch auf dem richtigen Platz. Entschuldigung, wenn ich so drastisch bin, aber die Antwort dieser Frage, auf diese Anfrage von Herrn Paulsen, macht eigentlich diesen Eindruck. Es tut mir leid, dass ich das sagen muss, aber es ist furchtbar.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:**

So, nun weiß ich nicht, ob gleich von hinten auf die drei Fragen geantwortet wird. Wir fangen erst mal mit Herrn Stäglin an ...

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados:**

... zu diesen 87 €, die Unterscheidung.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:**

Dann Herr Kogge und dann MMZ zum Schluss. Bitte die drei Fragen jetzt.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen:**

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich würde, weil ich die Frage aus dem Hauptausschuss mitgenommen habe unter dem Gesichtspunkt MDV und Tarife. Deswegen, weil die Frage war, warum wurden zuerst 80 € genannt und dann sind 87 € rausgekommen.

Das ist eine Folge der Tarifikalkulation. Wenn ich eine Monatskarte ansetze, von dem was als Preis ansteht mit 10 Monaten á 38,60 € heißt, ich habe 386 € Gesamtkosten. Und es gab die Zielsetzung, dass das Schülerticket an sich nur 299 € kostet. Danach gibt es die Differenz und das ist genau die Differenz, die 87 €, d. h. dann hat man den Gesamtpreis genommen und hat nicht noch weitere Bezuschussungsmöglichkeiten.

Und so erklärt sich, dass in der Tarifikalkulation von den ursprünglich gedachten 80 € 87 € im Ergebnis der Kalkulation rausgekommen sind. Das, was Herr Paulsen also gefragt hat, ist

- a) richtig. Zu dem Zeitpunkt, als die 80 € genannt wurden, war das der damalige Planungsstand.

- b) die 87 € sind dann das Ergebnis der Tarifikalkulation.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:**

Wollen wir es durchgehen lassen? Also noch mal konkret jetzt, sonst verraucht das andere. Also noch mal, bitte Herr Lange. Machen Sie es kurz.

**Herr Lange, Fraktion DIE LINKE:**

Herr Stäglin, bedeutet das, dass jetzt sämtliche Tarifsteigerungen perspektivisch von den Eltern zu erbringen sind, die diese Zusatzkarte kaufen? Denn, wenn ich das richtig verstanden habe, steigt doch mit der Tarifsteigerung dann der Stadtanteil nicht, sondern Sie haben es komplett auf die Zusatzkarte übertragen.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen:**

Ich bin jetzt nicht in der Lage und mir ist nicht möglich, jetzt zukünftige Tarifrunden prognostizieren zu können. Es ist hier eine Einführung, das ist eine Besonderheit in der Stadt Halle. Und sicherlich ist doch der Punkt, dass man in jeder zukünftigen Tarifrunde dieses mit bedenken und mit berücksichtigen muss.

Aber im Moment war es doch die Frage: Warum erklärt sich die Steigerung bezüglich der ersten Aussage? Zum Ergebnis. Das ist jetzt erst mal die Erklärung, die ich Ihnen geben kann.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:**

Und das lassen wir jetzt so stehen. Das Wort hat jetzt Herr Kogge.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung:**

Wenn die Ticketfrage dann damit beantwortet ist, möchte ich zum dem § 5 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt gehen und zur Frage der Erläuterung. Im Kommentar steht zum § 5 GO LSA drin, 6. Anstrich:

Zu den Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises der Gemeinde gehören beispielsweise:

...

- Schulentwicklungsplanung (§ 22 Schulgesetz Land Sachsen-Anhalt)

Was sagt § 22 (2) Schulgesetz Land Sachsen-Anhalt? Der sagt, dass wir die Schulnetzplanung auf unserer örtlichen Ebene feststellen, nicht beschließen. Wir stellen fest. Das ist auch das, was im Urteil mit enthalten ist.

Und ich kann nichts dafür, Herr Dr. Meerheim. Ich würde Ihnen das gerne jetzt auch noch anders erklären. Aber ich kann nur sagen, wenn der Kommentar zum § 5 GO LSA klar ausweist, dass die Schulentwicklungsplanung zu den Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises gehört, gehe ich davon aus, dass dies der rechtsgültige Kontext ist.

... *Zwischenrufe*

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung:**

Es gibt momentan zwei Punkte dabei.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:**

Lassen wir jetzt mal Herrn Kogge ausreden und alles andere muss dann auch mal woanders gelöst werden.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung:**

Ich bin selbstverständlich Umsetzer, das hat uns Herr Riethmüller wiederholt in unseren Sitzungen im Bildungsausschuss deutlich gemacht. Wir sind der Umsetzer der landesgesetzlichen Regelungen. Und wir haben eine ausführende Funktion.

Wir führen die Schulüberlegungen und Schulpolitik des Landes auf örtlicher Ebene durch Gebäude und sachliche Ausstattung aus, so dass wir nach § 64 (1) Schulgesetz Sachsen-Anhalt unsere Schulnetzplanung bedarfsgerecht und bei Überhängen auch entsprechend mit Reduzierung zu verankern haben. Und gleichzeitig nach der Verordnung für die Schulnetzplanung, dass wir sie zeitlich gebunden in entsprechender Form mittelfristig Schulnetzplanung alle 5 Jahre, Fortschreibung jährlich zum Jahresende vorzulegen haben.

Die Genehmigungspflicht liegt allein beim Landesverwaltungsamt bei der entsprechenden Schulbehörde. Wir sind nicht die Gestalter, sondern wir sind die Umsetzer.

... *Zwischenrufe*

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:**

Bitte, so geht das nicht. Kann auch nicht so protokolliert werden.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung:**

Dann bitte ich darum, dass wir diese Frage schriftlich beantworten können. Wir haben die Stellungnahme des Rechtsamtes genau an der Stelle auch vorliegen. Und wir würden Ihnen ganz gerne dann auch noch mal die Auszüge und den entsprechenden Bereich darstellen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:**

Herr Dr. Meerheim, es kommt eine schriftliche Antwort mit Auszügen der entsprechenden Gesetzesvorlage. Jetzt wird die dritte Frage beantwortet von Herrn Neumann.

... *Zwischenrufe*

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:**

Herr Wolter möchte bitte dazu auch noch mal etwas Vertiefendes beitragen.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM:**

Ich will was nachfragen, weil uns sozusagen die Position, die jetzt von Herrn Dr. Meerheim dargelegt ist, sehr nahe ist, auch die Kritik, die an Ihrer Person, an Ihrer Amtsausführung damit verbunden ist, sehr nahe ist.

Sie machen die Feststellung, dass es sozusagen einerseits diese Feststellungspflicht gibt und andererseits die Beschlusspflicht. Können Sie mir ganz kurz in irgendeiner Form einen Unterschied darlegen dazu? Also es ist für mich eine Verständnisfrage, weil Sie jetzt sagen, das ist nur eine Feststellungspflicht oder es ist nur eine Beschlusspflicht. Das ist ja auch enthalten, in der Feststellungspflicht ist auch eine Beschlusspflicht enthalten.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:**

Herr Kogge bitte.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung:**

Es sind natürlich feine Unterschiede, die auch in den Urteilen eine Rolle spielen. Einerseits ist es eine übertragene Aufgabe. Andererseits ist es so, dass wir als Stadtrat feststellen. Und wie stellen wir das fest? Durch Mehrheit bzw. in Form eines Beschlusses.

D. h. wir sind aber nicht frei in unserer Entscheidung. Wir bekommen lenkende Vorgaben sowohl bei den Größen von Schulen wie bei den Bedarfen, was wir machen können etc. Die Genehmigung erfolgt dann durch das Landesverwaltungsamt in Form eines Bescheides per Auflage oder in Form dessen, dass es sagt, alles okay. Alles haben wir schon gehabt.

Also von daher ist die Form, wie es dort gemacht wird, grundsätzlich nicht neu. Das Problem, was für Rechte wir haben, hat im Bildungsausschuss wiederholt schon zu Diskussionen geführt. Ich gebe zu, dass die leichtfertige oder die schnelle Frage übertragener Wirkungskreis hier sofort heißt: Wir können gar nichts mehr tun. Dass stimmt so nicht, denn wir haben natürlich Abwägungen zu treffen.

Wir könnten in dem Fall auch sagen, wir können Schulbezirke einrichten, wir können die Frage machen, wir können Fusionen machen. Haben wir auch alles schon getan. Wir haben Schließungen getan. Wir haben unterschiedliche Überlegungen gehabt. Das Instrumentarium ist weit.

Dennoch ist die Grundlage § 5 GO LSA. Und der nennt explizit die Schulnetzplanung unter Anstrich 6 im Kommentar. Das muss man natürlich dazu sagen.

*... Zwischenrufe*

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung:**

Woher ich das habe? Das ist der Kommentar von Klang/Gundlach, der momentan übliche.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:**

Es wird eine schriftliche Antwort geben. Ich gehe zur dritten Frage. Herr Neumann hat das Wort, bitte.

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit:**

Ja Herr Dr. Meerheim, die Nachfrage bezog sich auf die Strategie des MMZ, die ich Ihnen zugesagt hatte. Voraussetzung für die Strategie des MMZ ist eine Analyse des Medienstandortes. Die habe ich von der Wirtschaftsförderung vornehmen lassen. Wir haben die mit dem Land Sachsen-Anhalt abgestimmt.

Und diese Analyse des Medienstandortes, die liegt vor, mit der wird sich auch der Aufsichtsrat sowie auch Sie befassen. Und aus dieser Analyse im zweiten Schritt wird sich dann eine spezielle Strategie für dieses Haus ergeben. Die Analyse ist kurz gesagt positiv. Es gibt ein paar Hinweise darin, mit denen werden wir uns natürlich beschäftigen.

Und wie das in jedem Aufsichtsrat so ist, es gibt kurzfristige Entscheidungen, langfristige Entscheidungen. Strategie ist etwas Langfristiges, es gibt kurzfristige Handlungsoptionen. Und mit denen wird sich der Aufsichtsrat morgen beschäftigen.

Sie werden aber, wie ich Ihnen das zugesagt habe, im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften informiert.

*Ende des Wortprotokolls.*

Es gab keine weiteren Anfragen.

## zu 11 Anregungen

### zu 11.1 Anregung der SPD-Stadtratsfraktion zur Aufgabenwahrnehmung der Politessen Vorlage: V/2011/10006

---

**Frau Hintz, SPD-Fraktion**, merkte an, dass die Antwort der Verwaltung in keinster Weise mit der Anregung übereinstimme und erklärte die Intention der Anregung ihrer Fraktion. Damit soll erreicht werden, dass das ordnungsgemäße Hinterlassen von Baustellen durch den Bauträger seitens der Politessen stärker kontrolliert werde.

Demzufolge fragte **Frau Hintz**, ob die Anregung oder die Antwort anders verstanden wurde.

**Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit, Gesundheit und Sport**, teilte mit, dass die Anregung seitens der Verwaltung tatsächlich etwas anders verstanden wurde. Zudem informierte er darüber, dass Kontrollen zum ordnungsgemäßen Hinterlassen von Baustellen durch den Bauträger nicht in der Aufgabenbeschreibung von Politessen liegen.

---

**Die Anregung wurde mit Anmerkungen und Nachfragen zur Kenntnis genommen.**

#### weitere Anregungen:

**Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE.**, bezog sich auf eine Anfrage aus einer der letzten Stadtratssitzungen, dass der aufgebrachte Straßenbelag des Weges auf der Peißnitz zwischen den Sportplätzen und der Saale für Fahrradfahrer verkehrsunsicher und für Fußgänger schlecht begehbar sei. Er habe erfreut festgestellt, dass dies behoben wurde.

**Herr Sieber** regte an, dass das Teilstück des Saaleradwanderweges von der Dreierbrücke bis zur Schleuse in dieser Form ebenso gestaltet werde.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** konnte die Anregung von Herrn Sieber nachvollziehen und sagte eine Prüfung zu, inwieweit dies behoben werden könne.

---

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, ging auf die mündliche Anfrage von Herrn Hajek zum Sportprogramm ein und regte an, dass die Fraktionen und die Verwaltung ernsthaft darüber nachdenken, inwieweit das Sportprogramm in der vorliegenden Ausführung und im Zusammenhang mit den bevorstehenden Problemen gewollt sei.

Es gab keine weiteren Anregungen.

---

**Herr Lange, Fraktion DIE LINKE.**, beantragte ein Wortprotokoll zu den Anfragen von Herrn Paulsen bezüglich der Schulentwicklungsplanung und Herrn Dr. Meerheim.

**zu 12 Anträge auf Akteneinsicht**

**zu 12.1 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion auf Akteneinsicht in die Unterlagen der Stadt Halle (Saale) zum 4. Bauabschnitt der Haupterschließungsstraße (Osttangente)**

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, gab bekannt, dass zu dem bereits vorliegenden Antrag folgender weiterer Antrag auf Akteneinsicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorliege:

Antrag auf Akteneinsicht in sämtliche Unterlagen der Stadt Halle (Saale) zu Organisationsuntersuchungen der Stadtverwaltung zur Änderung der Verwaltungsstruktur im Hinblick auf die Stabsstelle Sport.

Weitere Anträge auf Akteneinsicht lagen nicht vor.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, beendete die 24. öffentliche Sitzung des Stadtrates.

---

Harald Bartl  
Vorsitzender des Stadtrates

---

Dagmar Szabados  
Oberbürgermeisterin

---

Kraft  
Protokollführerin